

Kraftwerk Heil wird bis Frühjahr 2024 Strom aus Kohle liefern – STEAG plant aber schon jetzt die Zukunft in Bergkamen mit Wasserstoff



Das Steinkohlekraftwerk in Heil.

Am 31. Oktober 2022 sollte eigentlich das Steinkohlekraftwerk in Heil stillgelegt werden. Die kriegsbedingte Energiekrise sorgt nun dafür, dass es mit seinen noch rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mindestens bis Frühjahr Strom liefern soll, um den Produktionsausfall in Gaskraftwerken zu kompensieren. Trotzdem wird bereits jetzt an der Zukunft ihres Bergkamerer Standorts, erklärte Daniel Mühlenfeld von der STEAG in der jüngsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses.

Möglich wird dies, weil die STEAG in Bergkamen ein Gelände von

94 Hektar hat, für das Kraftwerk selbst nur 43 Hektar benötigt werden. Als das Kraftwerk 1982 in Betrieb genommen wurde, war noch der Bau eines zweiten Kraftwerksblocks B in der Planung gewesen. Dieser Block B wurde danach aber nie in Angriff genommen werden.

Möglich wäre es laut Mühlenfeld, einen Teil der nutzbaren 50 Hektar für die Errichtung eines Ammoniakcracker, der aus Ammoniak unter anderem Wasserstoff herstellt. Weitere Überlegungen gehen in Richtung einer Wasserstofftankstelle für Busse des Öffentlichen Personennahverkehrs und Lkw von Logistikunternehmen. Auch ein Batteriespeicher für Strom aus regenerativen Energien soll in Heil angesiedelt werden. Bereits im Frühjahr 2023 will STEAG für dieses Projekt eine Machbarkeitsprüfungen vornehmen.

Mühlenfeld schätzt den Bedarf an Wasserstoff in der Zukunft als sehr hoch ein. Auch nach dem Ende der Kohleverstromung im Kraftwerk Walsum in Duisburg ist dort eine Wasserstoffproduktion geplant. Die Wasserstoffmenge, die dort hergestellt werden könne, reiche aber gerade zu einem Viertel aus, um den Bedarf der benachbarten Stahlwerke zu decken. STEAG rechnet damit, dass die Wasserstoffproduktion wie einst die Atomenergie vom Bund subventioniert werde.

Die STEAG-Pläne für Heil werden in Zukunft weiterhin die Gremien der Stadt Bergkamen und der Wirtschaftsförderung des Kreises Unna beschäftigen. Mühlenfeld sagte zu, Stadt und Kreis in die weiteren Überlegungen einzubinden.